

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Ausschuss für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz
Sitzungsdatum:	Dienstag, den 28.02.2017
Sitzung Nummer:	24 (OULA/24/2017)
Sitzungsdauer:	17:00 - 18:35 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Osterburg"

Uwe Klemm
Vorsitzender

Sieglinde Bartels
Protokollführung

Anwesend:

Vorsitz

Herr Uwe Klemm

Mitglieder

Herr Peter Krüger
Herr Bodo Ladwig
Herr Torsten Müller
Herr Chris Schulenburg

sachkundige Einwohner

Herr Dr. Ringhard Friedrich
Herr Manfred Schulz
Herr Armin Wernicke

Protokollführer

Frau Sieglinde Bartels

von der Verwaltung

Herr Stefan Feder
Herr Dr. Denis Gruber
Frau Dr. Nadine Lorenz
Herr Sebastian Stoll

Sachgebietsleiter uWB/uNB/uFB

Dezernent Dezernat I

Sachgebietsleiterin uAB

Dezernent Dezernat II

entschuldigt

Teilnehmer

Herr Dietrich Dehnen

GAVIA, Gesellschaft für Beratung, Entwicklung und
Management mbH & Co. KG

Herr Manfred Dohme

ALS Dienstleistungsges. mbH, Betriebsleiter AUS

Herr Hendrik Galster

ALS Dienstleistungsges. mbH

Madlen Gose

ALS Dienstleistungsges. mbH, Geschäftsführerin

Frau Annett Schröder

ALS Dienstleistungsges. mbH

Abwesend:

Mitglieder

Herr Marcus Schreiber
Herr Eduard Stapel

sachkundige Einwohner

Herr Dr. Peter Neuhäuser
Herr Marcus Schober

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
 - 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit
 - 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
 - 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 23. Sitzung des Ausschusses vom 31.01.2017
 - 5 Informationen zur Wertstofftonne
Berichterstatter: Dr. Denis Gruber
 - 6 Informationen zur Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners
Berichterstatter: Dr. Denis Gruber
 - 7 Bildung Forstausschuss
Berichterstatter: Stefan Feder
 - 8 Anfragen und Anregungen
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Klemm, Vorsitzender des Ausschusses für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz, eröffnet die 24. Sitzung des Fachausschusses. Er begrüßt die Kreistagsmitglieder und sachkundigen Einwohner, Herrn Dehnen - GAVIA Gesellschaft für Beratung, Entwicklung und Management mbH & Co. KG, Frau Gose, Frau Schröder, Herrn Dohme und Herrn Galster – ALS Dienstleistungsges. mbH, den Vertreter der Presse, die Damen und Herren der Verwaltung und die Gäste.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit

Herr Klemm stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Es fehlen die Kreistagsmitglieder, Herr Eduard Stapel und Herr Marcus Schreiber, weiterhin fehlen die sachkundigen Einwohner, Herr Dr. Peter Neuhäuser und Herr Marcus Schober.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

zu TOP 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Klemm teilt den Anwesenden mit, dass die Tagesordnung wie folgt geändert werden soll:

Die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte ändert sich wie folgt:

TOP 5 Informationen zur Wertstofftonne (davor TOP 6)

TOP 6 Informationen zur Bekämpfung des (davor TOP 5)
Eichenprozessionsspinners

Da es von Seiten der Anwesenden keine Einwendungen gibt, gilt die Tagesordnung damit als festgestellt.

zu TOP 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 23. Sitzung des Ausschusses vom 31.01.2017

Herr Klemm: Die Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 23. Sitzung des Ausschusses vom 31.01.2017 verschiebt sich auf die 25. Sitzung des Ausschusses am 28.03.2017.

zu TOP 5 Informationen zur Wertstofftonne
Berichterstatter: Dr. Denis Gruber

Herr Klemm erteilt Herrn Dr. Gruber einleitend das Wort und bittet dann Herrn Dehnen um seine Ausführungen.

Herr Dr. Gruber: Bereits Ende letzten Jahres wurde angekündigt, dass es hier im Fachausschuss einen Sachstandsbericht zum Thema Wertstofftonne geben wird. Dazu haben wir Herrn Dehnen eingeladen. Herr Dehnen wird auch am 09.03.2017 an der Sitzung des Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss teilnehmen und dort die Anwesenden über die Wertstofftonne informieren.

Herr Dehnen spricht zum Thema. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage TOP 5 beigelegt und im Informationsportal des Kreistages des Landkreises Stendal eingestellt.

Herr Klemm bedankt sich für die Ausführungen und eröffnet die Diskussion.

Herr Müller: Wie steht die Wirtschaft zu diesem gemeinsamen System? Ist sie aufgeschlossen oder wollen sie lieber ihr eigenes Ding machen ohne die Kommune mit im Boot zu haben.

Herr Dehnen: Die Entsorgungswirtschaft sieht das grundsätzlich positiv. Wenn sie mit ihnen gemeinsame Systeme einrichten und man dann auch über die Kostenverteilung redet, ist das natürlich erst einmal eine Sache, die, wie bereits gesagt, positiv zu bewerten ist.

Herr Müller: Die Variante, ein Gebiet macht die gelbe Tonne – wo soll da der Vorteil sein?

Herr Dehnen: Für sie ist das kein wirklicher Vorteil. Dafür ist das Entsorgungsgebiet zu klein. Wenn sie sich auf eine Mitbenutzung von zum Beispiel 15 % einigen würden und das in Gebietsanteile umrechnen würden, bräuchten sie als Landkreis ein Entsorgungsgebiet das 18.000 Einwohner hat. Das müssten sie ausschreiben und die Verwerter müssten sich selbst um die Verwertungswege kümmern. Da sie wirtschaftlich nicht die Kenntnis und den Marktzugang haben wie es die private Entsorgungswirtschaft hat, ist das für sie nicht praktikabel und auch nicht ratsam.

Herr Dr. Gruber bittet Herrn Dehnen um Informationen über Landkreise, die die Wertstofftonne bereits eingeführt haben.

Herr Dehnen: Ich beschränke mich jetzt auf Sachsen-Anhalt. In den Flächenlandkreisen wird im Moment das gleiche Modell praktiziert, das auch hier im Landkreis Stendal zur Anwendung kommt, heißt, die Erfassung auf den Wertstoffhöfen. Es gibt keine abschließende Rechtssicherheit, die Landkreise warten ab. Ich habe in meiner Präsentation die gesetzlichen Grundlagen genannt, aber für die Auslegung ist letztendlich ihre Aufsichtsbehörde verantwortlich, also das Landesverwaltungsamt. Das Landesverwaltungsamt hat bis jetzt keine abschließende Stellungnahme verfasst, wie mit der rechtlichen Grundlage umgegangen werden soll. Sagen sie, im engeren Sinne reicht eine Erfassung im Wertstoffhof nicht aus, weil es nicht dem Geiste dieses Gesetzes entspricht, wenn

eine Getrennterfassung vorzunehmen ist, dann reicht es nicht aus, wenn im Landkreis an zwei oder drei Standorten die Möglichkeit geschaffen wurde, die stoffgleichen Nichtverpackungen dort zu entsorgen. Der Gesetzgeber meint dann aber ein haushaltsnahes System. Man müsste dafür mit vielen dezentralen Standorten arbeiten. Allen ist klar, dass es hier um eine Menge geht, die vergleichsweise gering ist. Jetzt muss man ins Verhältnis setzen, den finanziellen Aufwand den man treiben möchte, um dieser gesetzlichen Pflicht bezogen auf 800 t/Jahr hier im Landkreis nachzukommen. Wenn sie dafür ein System einzuführen, dass ca. 1 bis 1,5 Mio. €/Jahr kostet, ist die Ausgewogenheit nicht gegeben. Das hat auch das Landesverwaltungsamt erkannt. Jetzt muss man sehen, was der Bundesgesetzgeber an Druck weiter gibt an die Aufsichtsbehörden der Länder. In der Abfallwirtschaft ist es so, dass der erfolgreich fährt, der sich nicht als erster bewegt. Sie sollen aber wissen, welche Optionen sie haben und es ist unsere Pflicht, sie auf die Risiken hinzuweisen. Wenn man Träger eines solchen Systems wird, ist man in einer anderen Verantwortungsposition.

Herr Schulz: Gibt es in der Analyse von Seiten des Bundes Aussagen, wie groß der Effekt der Wertstoffrückgewinnung gegenüber den Aufwendungen, die betrieben werden müssen, ist.

Herr Dehnen: Das ist der nächste Punkt. Auch wir waren daran beteiligt, einen hochwertigen Verwertungsweg für den Restabfall! Er wird energetisch wunderbar verwertet. Der überwiegende Teil dieser Verpackungsabfälle wird auch energetisch verwertet, obwohl er stofflich verwertet werden sollte. Da gibt es ambitionierte Ziele, die das jetzt auch wieder fordern. Durch die Verunreinigung der Verpackungsabfälle kann nur ein Teil stofflich verwertet werden. Dies wird bei den stoffgleichen Nichtverpackungen auch nicht anders sein. Wenn man das alles abwägt, kann man sich sein eigenes Bild machen.

Herr Schulz: Ich kann mich an eine Analyse erinnern, alle Abfälle in den Restabfall zu geben und energetisch zu verwerten. Das Ergebnis war positiv. Aber das ist natürlich nicht im Sinne des Erfinders.

Herr Dehnen: Der Weg in die Kreislaufwirtschaft ist ein Prozess. Die Ziele sind noch nicht erreicht.

Herr Klemm: Wir werden sicherlich in Zukunft weiterhin überdieses Thema sprechen und zu gegebener Zeit über neue Ergebnisse sprechen.

Da es weiter keine Beiträge zur Diskussion gibt, bedankt sich der Vorsitzende bei Herrn Dehnen für seine umfangreichen Ausführungen und Antworten.

Sodann schließt er den Tagesordnungspunkt ab.

zu TOP 6 Informationen zur Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners **Berichterstatter: Dr. Denis Gruber**

Herr Klemm: Das Thema Eichenprozessionsspinner (nachfolgend EPS genannt) hat uns in den letzten Jahren schon oft beschäftigt und wird uns auch noch weiter beschäftigen. Herr Klemm bittet jetzt Herrn Dr. Gruber um seine Ausführungen.

Herr Dr. Gruber spricht zum Thema. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage TOP 6 beigelegt und im Informationsportal des Kreistages des Landkreises Stendal eingestellt.

Herr Klemm bedankt sich für die Ausführungen und eröffnet die Diskussion.

Herr Feder: Um den Schwellenwert für eine europaweite Ausschreibung nicht zu überschreiten, mussten Flächen zurückgenommen werden, was aber keiner wollte. Im Gegenteil. Viel mehr Fläche sollten noch gemeldet werden. Dann aber hätten wir europaweit ausschreiben müssen und das wäre zeitlich nicht zu machen gewesen. Der Schwellenwert liegt bei 209.000 €. Die europaweite Ausschreibung ist um einiges aufwändiger. Es ist davon auszugehen, dass im nächsten Jahr der Schwellenwert überschritten wird. D. h. dass wir mit der Vorbereitung der Ausschreibung schon Mitte dieses Jahres beginnen müssen. Die beiden Sachbearbeiterinnen in der unteren Forstbehörde müssen diese Arbeiten mit erledigen.

Herr Klemm: Es ist sicherlich für die Flugfirma nicht einfach, den richtigen Termin zu finden.

Herr Feder: Die Firmen sind auf Abruf, da auf vieles geachtet werden muss. Es gibt nur drei Flugfirmen in Deutschland, die sich nach Gebieten aufgeteilt haben. Wir hätten ein Problem, wenn sich die Firma nicht an der Ausschreibung beteiligt hätte.

Herr Schulenburg: In den letzten Jahren waren wir ja Vorreiter gegenüber anderen Landkreisen. Manpower und finanzielle Mittel wurden in die Bekämpfung investiert. Das Problem waren immer die Randgebiete, also Gebiete wo ein Eigentümer auf den anderen trifft. Das Land hat jetzt seine Flächen an den Landkreis gemeldet, der Landkreis hat die Ausschreibung durchgeführt und auch die Koordinierung der Bekämpfung. Die Flächen, die das Land gemeldet hat, werden dann aber in Rechnung gestellt?

Herr Feder: Ja.

Herr Schulenburg: Wo ist denn jetzt der Unterschied zum letzten Jahr? Einfach nur, dass wir jetzt diese Randgebiete mit abdecken, die vorher problematisch waren.

Herr Feder: Für uns war es ein Thema – wir hören an der Kreisgrenze auf und das Land bekämpft nicht, weil es ja Waldfläche ist. Wir befürworten ja, dass wir das gesamte Gebiet bekämpfen, was ja auch Sinn macht! Das Landeszentrum Wald (LZW) war ja mit Kabinettsbeschluss dazu verpflichtet, die Koordinierung für alle zu übernehmen. Der Meinung waren wir auch, wir melden unsere Flächen an das LZW. So war es dann doch nicht. Das LZW bezahlt das aber wir koordinieren das alles. Wir haben jetzt mehr Arbeit als vorher. Es wurde alles digitalisiert und die Shapes wurden übergeben, aber wir haben alles andere. Von der Ausschreibung bis zur Kontrolle nach der Bekämpfung. Erst im Januar kam der Beschluss, dass das LZW die Kosten übernimmt. Dadurch mussten wir einen Nachtragshaushalt machen, da die Mittel nicht ausgereicht haben. Da wir das Geld aber zurückbekommen, dürfte das hoffentlich kein Problem sein. Aber es ist ein enormer Aufwand. Die beiden Mitarbeiterinnen müssen ihren anderen Aufgaben auch noch nachkommen.

Herr Schulenburg: Der personelle Beitrag des Landes besteht nur darin, dass die Flächen digitalisiert wurden.

Herr Feder: Aber nur ihre eigenen Flächen. Flächen des Landkreises oder der Gemeinden hätte man auch digitalisiert, dann aber in Rechnung gestellt. Durch den Schwellenwert musste ein Kat gemacht werden, und das war nicht einfach.

Herr Müller: Durch das neue Mittel wird ja die Wirkung auch schlechter sein, wenn die Parameter bei der Bekämpfung nicht zu 100 % stimmen. Sind Resistenzen ein Themadurch die Abschwächung der Wirkungsweise?

Herr Dr. Gruber: Dipel ES wurde ja schon bis 2013 eingesetzt. Danach kam das Mittel Dimilin zum Einsatz, von dem wir uns eigentlich mehr erhofft hatten. Im Jahr 2016 war der Bekämpfungserfolg nicht so hoch. Flächen, von denen wir dachten, wir hätten das im Griff – z. B. Deutsch, Wanzer, Seehausen – war der Bekämpfungserfolg doch sehr minimal. Woran das liegt, ist nicht zu klären. Der Hubschrauber flog zu hoch, er flog zu niedrig. Es gibt viele Meinungen.

Herr Feder: Die Brandenburger bekämpfen immer schon mit Dipel und sind eigentlich auch zufrieden.

Herr Dr. Gruber: Dort wurde aber flächendeckend bekämpft.

Herr Müller: Gab es früher schon solche Epidemien?

Herr Feder: Die Versuchsanstalt in Göttingen hat ja festgestellt, dass es teilweise keine Nestbildung gibt. Woran das liegt wissen auch die Experten nicht. Es wird vermutet, dass in den Nestern Parasiten sind. Das ist aber nicht nachgewiesen. Eine Epidemie ist auch irgendwann vorbei.

Herr Klemm: Wollen wir hoffen, dass das Wetter mitspielt, denn das Zeitfenster ist doch sehr klein.

Herr Feder: Es ist schon so, dass ich in Wanzer einen anderen Blattstand habe als in Deutsch.

Herr Klemm: Es muss ja zum richtigen Entwicklungszeitpunkt bekämpft werden.

Herr Feder: Die Kollegen sind draußen – wie ist der Blattstand. Das Mittel muss ja auch die Blätter erreichen.

Herr Klemm: Es ist ja schon ein Fortschritt, dass jetzt das Land und andere mit im Boot sind. Hoffentlich funktioniert alles so, wie es angedacht ist. In der nächsten Zeit werden wir sicherlich wieder häufiger darüber informiert.

Herr Müller: Gab es hier im Landkreis schon Hinweise auf den Asiatischen Laubholzbockkäfer?

Herr Feder: Nein, wir haben keine Nachweise, dass er hier im Landkreis aufgetreten ist. Die Befürchtung war, dass er sich über den Elberadweg verbreitet. Aber er verbreitet sich über Holzpaletten und Pflanzen aus Übersee.

Herr Klemm: In Magdeburg ist das eine heftige Nummer.

Herr Feder: Es gab Anfragen aus Langensalzwedel und Tangerhütte zu Käfern. Da gibt es aber noch keine Erkenntnisse.

Herr Klemm bedankt sich für die Diskussion und schließt somit den Tagesordnungspunkt 6.

zu TOP 7 Bildung Forstausschuss
Berichterstatter: Stefan Feder

Herr Klemm bittet Herrn Feder um seine Ausführungen.

Herr Feder spricht zum Thema. Seine Präsentation ist der Niederschrift als Anlage TOP 7 beigelegt und im Informationsportal des Kreistages des Landkreises Stendal eingestellt.

Herr Klemm bedankt sich für die Ausführungen und eröffnet die Diskussion.

Herr Dr. Friedrich: Die Empfehlungen, die die Mitarbeiter der Verwaltung vom Forstausschuss erhalten, an wen wenden sie sich dann – an das LAU, an das Ministerium?

Herr Feder: Eine gute Frage. Wenn Empfehlungen von den Mitgliedern des Forstausschusses kommen, müssen diese natürlich weiter gegeben werden, denn wir können nicht entscheiden. Grundsatzfragen müssen wir an die obere Forstbehörde weiterleiten. Es ist ein Anfang, einen richtigen Plan haben wir noch nicht. Wir müssen sehen, wie sich das entwickelt.

Herr Klemm schließt so dann den Tagesordnungspunkt 7 da es keine weiteren Meldungen zur Diskussion gibt.

zu TOP 8 Anfragen und Anregungen

Herr Klemm: Gibt an Anfragen und Anregungen im öffentlichen Teil der Sitzung?

Herr Dr. Gruber: Die nächste Sitzung des Fachausschusses findet am 28.03.2017 statt. Geplant ist, über die Abstimmungsvereinbarung, an der wir zurzeit mit der Landbell GmbH sitzen, im öffentlichen Teil der Sitzung zu berichten.

Herr Müller: Für die Fa. Cont-Trans wird ja der Vertrag auslaufen. Wie geht das weiter?

Herr Dr. Gruber: Das Duale System Deutschland und die Fa. Cont-Trans GmbH haben einen Vertrag über die Entsorgung von LVP. Landbell wird jetzt im Mai für den Zeitraum 2018 bis 2020 ausschreiben. Theoretisch könnte auch die Fa. Cont-Trans die Ausschreibung wieder gewinnen. In Sachsen-Anhalt gibt es ein Konsortium

aus 10 Systembetreibern die festgestellt wurden. Neben DSD (da lag das Monopol) und Landbell kam 8 weitere Systembetreiber dazu. Wir haben zwar derzeit einen Vertrag mit DSD, aber DSD sichert sich trotzdem mit den anderen 9 Systembetreibern uns gegenüber immer ab. Das heißt, auch wenn jetzt Landbell Regie führt, führt sie das nicht in Eigenregie, da sie von den anderen 9 Systembetreibern abhängig ist.

Herr Klemm schließt den Tagesordnungspunkt und stellt die Nichtöffentlichkeit her.